

## AKTUELL

## PATIENTENRECHTE

# Auf der Kippe?

Anina Valle Thiele

**Die Patientenvertretung wird 20. Doch in Feierstimmung ist sie angesichts des drohenden Stellenabbaus nicht.**

Vor zwanzig Jahren entstand in Luxemburg die Idee, einen Verein zu gründen, der sich für Patientenrechte einsetzt. Patienten standen Ärzten und Pflege-Dienstleistern bis dahin weitgehend isoliert gegenüber, danach verbesserte sich das Verhältnis zwischen Arzt, Patient und Gesellschaft zusehends. Dass die Rechte der Patienten entscheidend gestärkt wurden und Patienten nun kritischer auftreten, ist nicht zuletzt der Gründung der A.s.b.l. zu verdanken. Patientenrechte sind in der europäischen Charta der Krankenhauspatienten von 1979 wie auch im Gesetz vom 28. August 1998 über die medizinischen Einrichtungen geregelt.

Die Gründung der Patientenvertretung entstand maßgeblich mit dem Vorsatz, den in weiten Teilen „unmündigen“ Patienten zu stärken; Aufklärung über seine Krankheit, über Behandlung(en) und Medikation - bis dahin nicht selbstverständlich - sollte fortan jedem Patienten zustehen. Die Schaffung eines Patientenrechts, nach dem der Patient Anspruch auf Aufklärung hat, auf Wunsch Einsicht in seine Akte erhält, eine - auch nicht-verwandte - Vertrauensperson als Vertreter bestimmen kann, zählt Michèle Wennmacher von der Patientenvertretung ebenfalls zu den Errungenschaften ihrer A.s.b.l. - eine weitere wichtige, ist der Anspruch auf die Einrichtung von Mediations-Instanzen im Streitfall. US-Amerikanische Verhältnisse, in denen Patienten regelmäßig gegen Ärzte vor Gericht ziehen, sind der Patient-Vertriebung ein Graus. „In das neue Patientenrechtsgesetz vom 24. Juli 2014 sind viele unserer Forderungen eingeflossen“, betont Wennmacher, „etwa die Benennung einer Vertrauensperson“. Dass der Patient eben nicht mehr allein ist, wenn er ins Krankenhaus eingewiesen wird. Aber auch am Krankenhaus-Gesetz von 1998 habe man direkt nach der Gründung der A.s.b.l. mitgewirkt und erreicht, dass dort zum ersten Mal Patientenrechte verankert wurden.

Im Laufe der Jahre hat sich ein präventiver Mechanismus entwickelt; die Patientenvertretung nimmt ihre Rolle in Sachen Patientenschutz sehr ernst. Wann immer Absichten der Regierung kolportiert werden, die Einschnitte beim Patientenrechtsschutz befürch-

ten lassen, schlägt sie Alarm - zuletzt warnte sie vor Qualitätseinbußen bei der Reform der Pflegeversicherung und vor „gläsernen“ Patientenakten.

In Feierstimmung ist die personell dünn besetzte A.s.b.l. jedoch nicht. „Um die Zukunft der Patientenvertretung machen wir uns effektiv Sorgen“, betont Michèle Wennmacher gegenüber der woxx. Durchaus mit Grund, denn von ihren drei festen Stellen sind nur zwei durch die Konvention abgedeckt. Die dritte Arbeitsstelle konnte nur aufrechterhalten werden, weil der Beschäftigte vorher arbeitslos war, der Mindestlohn vom Arbeitsamt übernommen wurde und für die Restkosten die Patientenvertretung aufkam.

**Mehr Anfragen, weniger Personal**

Dabei hatte das Ministerium die Finanzierung eines Postens für 2016 sowie eine Überbrückungsfinanzierung fest zugesagt. Im September erfuhr die Patientenvertretung dann plötzlich, dass die Finanzierung für die Überbrückungszeit gestrichen worden sei. Einen Monat später hieß es, dass der Posten ganz weg falle. „Dieser Mitarbeiter von uns hat ab Dezember keine Perspektive, weil wir die finanziellen Mittel nicht haben“, fasst Wennmacher die düsteren Zukunftsaussichten zusammen. Aussichten, die, allen ideologischen Unterschieden zum Trotz, sogar den CSV-Deputierten Marc Spautz, Anfang der Woche veranlassten, eine parlamentarische Anfrage an die Ministerin zu stellen. Wie die Patientenvertretung selbst verweist auch Spautz auf die stetig steigende Anzahl von Beschwerden. Allein im letzten Jahr gingen bei der Patientenvertretung 2.322 telefonische Anfragen ein, die Patientenrechte im Gesundheits- oder Sozialversicherungsbereich betrafen.

„Wir bekommen enorm viele Anfragen von Patienten und benötigen dafür auch das entsprechende Personal“, betont Wennmacher. Zudem sei der Vorhabenkatalog der Patientenvertretung lang und könne mit nur zwei Stellen nicht im entferntesten umgesetzt werden. Geplant sei neben der Stärkung des Patientenschutzes etwa auch die Einbeziehung von Pendlern aus der Grenzregion. Auch der Aufbau einer psychiatrischen Plattform ist ein seit langem geplantes Projekt, das aber - sollte die Regierung wirklich Ernst machen - wohl Utopie bleiben wird.

## SHORT NEWS

## Conservation des données : le ministre persiste

(rg) - Alors qu'en Allemagne le débat sur la loi sur la conservation des données avait fait rage dans les journaux et la société civile, une loi similaire que le gouvernement s'apprête à passer ne provoque pas de grand soulèvement au Luxembourg. L'ironie du sort veut que ce soit un ministre vert, Félix Braz, qui se révélerait comme représentant d'une ligne dure dans la conservation des données. Comme le Syndicat des journalistes - Luxembourg (SJ-L) le constate dans un communiqué, le gouvernement envisagerait de continuer à forcer les boîtes de télécommunications à conserver les connexions, numéros de téléphone, adresses IP et données de géolocalisation, et cela même après que la Cour de justice européenne a déclaré la directive sur la conservation des données comme démesurée et a notamment appelé à ce que certains corps de métier tenus au secret professionnel en soient protégés. Les médecins, les avocats et les journalistes entre autres devraient bénéficier d'une exemption de la suspicion générale, ce qui n'est pas le cas dans le projet de loi actuel. Dans ce cadre, le SJ-L met aussi l'accent sur la présidence luxembourgeoise et rappelle l'obligation du gouvernement à ne pas faire voter des lois qui pourraient être contraires à la législation européenne.

## Initiative citoyenne européenne : plus qu'un tigre de papier ?

(da) - Renforcer l'initiative citoyenne européenne dans son rôle d'instrument de démocratie participative, voilà l'objectif d'un rapport adopté la semaine passée par le Parlement européen. L'eurodéputé libéral Charles Goerens s'en est fait l'écho lors d'une conférence de presse au Luxembourg. L'instrument, qui existe depuis 2012 et qui, en théorie, devrait permettre à des citoyens européens de demander à la Commission la rédaction de nouvelles propositions d'actes juridiques, n'aboutit que très rarement. Seule une de ces initiatives, qui doivent être soutenues par au moins un million de personnes, appelée « Right to Water » et revendiquant la reconnaissance du droit à l'eau et à l'assainissement comme droit humain par la Commission a été retenue. Sans que la Commission n'y donne suite, pour l'instant. Les propositions du Parlement européen visent entre autres à alléger les procédures et à prolonger les délais. Si, pour l'instant, les initiatives citoyennes sont limitées aux sujets qui font partie des attributions de la Commission, les libéraux et les Verts européens avaient déposé une motion visant à inclure les questions touchant aux traités - sans succès.

## Online-Katalog zur Frauengeschichte

(avt) - Vom 6. bis 8. November findet die „50. Tagung der deutschsprachigen Frauen-/Lesbenarchive, -bibliotheken und -dokumentationsstellen“ statt. Zu dem Anlaß wird der META-Katalog in Luxemburg präsentiert und online gestellt. Mit dem Katalog wird nach drei Jahren Projektlaufzeit erstmalig ein Zugang zu den Bestandsdaten des i.d.a.-Dachverbandes und somit zu einem großen und wichtigen Teil der Frauengeschichte im deutschsprachigen Raum, geschaffen. Für alle Interessierten ist eine Testversion bereits vorab unter meta-katalog.eu zu erreichen. Bislang sind 436.515 Datensätze von insgesamt 29 Einrichtungen recherchierbar. META bietet 16 verschiedene Dokumententypen. „Es ist die erste umfassende Vernetzung der deutschsprachigen Frauenarchive, Bibliotheken und Lesben-Einrichtungen“, meint Joëlle Schwinnen vom Luxemburger Frauenzentrum Cid-Femmes. Erstmals werden über eine Internet-Seite sämtliche Bestände und Archive verfügbar, die Online recherchierbar sind. In der Fülle an feministischen Dokumenten finden sich zahlreiche historische Dokumente der Frauenbewegung. Zunächst wird eine Beta-Version des Katalogs Online geschaltet. Revolutionär ist dies auch insofern, als einige der partizipierenden Frauen-Einrichtungen mit ihren Beständen bis dato noch gar nicht Online präsent waren.